



AUSRICHTUNG DER TARIFVERHANDLUNGEN IN EUROPA 2010?

Aufgrund der seit 2008 in Europa herrschenden Wirtschaftskrise gestalten sich die diesjährigen Tarifverhandlungen über Löhne und Gehälter besonders schwierig. Der Beschäftigungsrückgang hat auch zu Situationen geführt, in denen die Gewerkschaften zwischen der Bewahrung von Arbeitsplätzen und der Hinnahme von Lohnkürzungen abwägen mussten. Die Gewerkschaften haben den strukturellen Charakter der Krise aufgezeigt, die auf ein Nachfragedefizit zurückzuführen ist, das wiederum durch eine Verteilung der Wertschöpfung zu Ungunsten der Arbeitseinkommen sowie ein Auseinanderklaffen der Lohnschere bedingt ist. Die Arbeitnehmer dürfen daher nicht für die Krise zur Kasse gebeten werden. Angesichts verschiedener Indikatoren einer Deflationsgefahr im Jahr 2009 (Nachfrageschwäche, Rohstoffpreiseinbruch, negative Inflation in mehreren EU-Staaten) ist die Gewerkschaftsbewegung für die Aufrechterhaltung einer positiven Lohndynamik eingetreten.

Die Ausgangslage für die Lohnverhandlungen hat sich im Jahr 2010 kaum geändert. Die Gründe dafür werden auf den folgenden Seiten ausgeführt. Zunächst wird kurz auf die Ursachen der Krise eingegangen und anschließend aufgezeigt, inwiefern die im Jahr 2009 vorgenommenen Beschäftigungsanpassungen den Rahmen für die Tarifverhandlungen des Jahres 2010 bilden. In weiterer Folge werden die Aussichten und Herausforderungen dieser Verhandlungen wie auch die Strategie des EGB unter die Lupe genommen.

MASSIVER NACHFRAGESCHOCK

Die Krise ist in allen Ländern spürbar. Das BIP ist überall stark zurückgegangen. Das Ausmaß

der Krise ist jedoch von Land zu Land verschieden. Die Rezession war in Europa stärker ausgeprägt als in den Vereinigten Staaten (4,1 % im Vergleich zu 2,5 % laut den Prognosen der Europäischen Kommission von November 2009). Im internationalen Vergleich leiden die Länder der Europäischen Union und Japan am meisten unter der schlechten Wirtschaftslage.

Die Hauptfaktoren im Großteil der am stärksten betroffenen europäischen Länder (BIP-Rückgang im Jahr 2009: Litauen - 18,1 %, Lettland - 18 %, Estland - 13,7 %, Irland 7,5 %, Deutschland - 5 %, Schweden - 4,6 %, Dänemark - 4,5 %) waren das Platzen der spekulativen Immobilienblase und/oder die starke Exportorientierung. Die weniger auf den Export ausgerichteten Staaten (Österreich und Spanien - 3,7 %, Portugal - 2,9 %, Frankreich - 2,2 %) hatten hingegen einen geringeren Rückgang der Wirtschaftstätigkeit zu verzeichnen. Polen ist das einzige Land der EU, das der Rezession entkommen ist, sein BIP ist 2009 um 1,2 % gestiegen.

Der Verbrauch der privaten Haushalte hat im gesamten EU-Raum wesentlich zur Stabilisierung beigetragen (- 1,7 % im Jahr 2009 gegenüber - 3,9 % für die Inlandsnachfrage, - 4,1 % für das BIP). Die Kaufkraftentwicklung profitierte von der Verlangsamung der Inflation, der Aufrechterhaltung einer gewissen Lohndynamik, arbeitsplatzerhaltenden Maßnahmen, Sozialtransfers und speziellen Aktionen im Rahmen Konjunkturpakete (insbesondere Abwrackprämie). Diese Entwicklung darf jedoch nicht über den Einbruch der Wachstumsdynamik der Einkommen der privaten Haushalte hinwegtäuschen. Die nominale Lohn- und Gehaltssumme ist im Euro-Raum im dritten Quartal 2009 gegenüber dem Vorjahr um

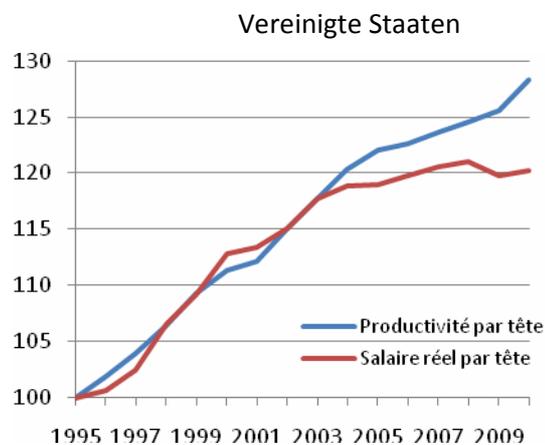
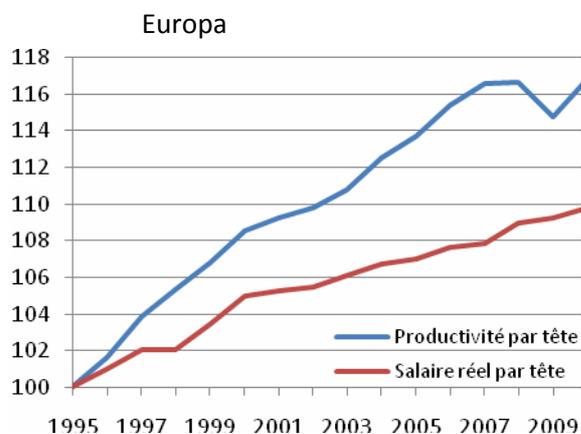
0,6 % zurückgegangen, die Zuwachsrate des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte liegt unter 1 % (im Vergleich zu 4 % Anfang 2008). Das verfügbare Einkommen ist außerdem in hohem Maße von den Sozialtransfers abhängig: Die Wachstumsschere zwischen Löhnen und Gehältern auf der einen Seite und Einkommen der privaten Haushalte auf der anderen Seite klappte seit frühen 1990er Jahren¹ noch nie so weit auseinander.

Die Frage der Tarifverhandlungen ist zur Überwindung der Krise von zentraler Bedeutung, da die Lohnpolitik ein wichtiges Instrument zur Ankurbelung des Verbrauchs darstellt.

Seit Beginn der 1990er Jahre ist das Reallohnwachstum in Europa hinter dem Produktivitätsanstieg zurückgeblieben, was zu einem Rückgang des Anteils der Löhne und Gehälter an der Wertschöpfung geführt hat. In den Vereinigten Staaten hat die Abkoppelung der Löhne und Gehälter erst 2004 eingesetzt.

¹ Daten der Europäischen Zentralbank

Pro-Kopf-Produktivität und -Reallöhne (Basiswert 100 im Jahr 1995)



Quelle: Europäische Kommission, Ameco

Der Anteil der Löhne und Gehälter an der Wertschöpfung ist folglich in Europa zurückgegangen. Der Anteil des privaten Verbrauchs am BIP hätte eigentlich entsprechend geringer ausfallen müssen. Er ist jedoch mehr oder weniger konstant geblieben. In den Vereinigten Staaten ist der Anteil der Löhne und Gehälter an der Wertschöpfung leicht zurückgegangen, der des privaten Verbrauchs jedoch sprunghaft gestiegen. Der Abstand zwischen dem Anteil der Löhne und Gehälter an der Wertschöpfung und dem Anteil des privaten Verbrauchs am BIP hat sich daher in beiden Fällen vergrößert.

Anders ausgedrückt, der durch Lohneinkommen finanzierte relative private Verbrauch ist zurückgegangen oder bestenfalls gleich geblieben und wurde durch anderweitig finanzierten Verbrauch ausgeglichen, der von den Wirtschaftsakteuren mithilfe der Finanzwelt gespeist wurde: spekulative Immobilienblasen und steigende Verschuldung der privaten Haushalte, vor allem in Spanien, dem Vereinigten Königreich und Irland, aber auch in Schweden, Dänemark und den Niederlanden.

Wie hat sie die Krise auf die Löhne und Gehälter ausgewirkt? Die Gewerkschaften

konnten, wie der Bericht zu der vom EGB 2009 durchgeführten Erhebung zu den Tarifverhandlungen² zeigt, bis dato in der gesamten Privatwirtschaft Lohnerhöhungen durchsetzen. Der EGB weist in seiner Entschließung über die Koordinierung der Tarifverhandlungen im Jahr 2010 darauf hin, dass sich dieser Erfolg der Tarifverhandlungen 2009 im Wesentlichen auf zwei Faktoren gründet:

- Die Gewerkschaften haben eine offensive Verhandlungsstrategie verfolgt. Sie haben sich für die Lohnverhandlungen des Jahres 2009 das Ziel gesetzt, den durch den Ölpreisanstieg und die Inflation des Jahres 2008 bedingten Kaufkraftverlust teilweise auszugleichen.
- Der Druck auf die Löhne und Gehälter hatte noch nicht voll eingesetzt: Das wahre Ausmaß der Krise und die Auswirkungen auf die Beschäftigung wurden erst nach der Unterzeichnung des Großteils der Vereinbarungen bekannt.

Die Dynamik der Lohnverhandlungen hat sich im Jahr 2009 jedoch abgeschwächt, ein Jahr nach dem Ausbruch der Krise wurden die Tarifverhandlungen schließlich von ihr eingeholt: Der Anstieg der tariflich vereinbarten Löhne und Gehälter liegt 2009

² „The Coordination of Collective Bargaining in Europe (Annual Report)“, Anhang zur Agenda des EGB-Exekutivausschusses, Brüssel, 1.-2. Dezember 2009.

zwischen 2 und 3 %, während er 2008 noch 4 % oder mehr betrug.

Der Prozess der Anpassung der Lohndynamik nach unten ist in den osteuropäischen Mitgliedstaaten besonders ausgeprägt.

In den am härtesten von der Krise betroffenen Ländern (baltische Staaten und Irland) schlagen sich die Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung mit nominalen Kürzungen³ besonders stark auf die Gehälter im öffentlichen Dienst nieder.

Auch in den alten Mitgliedstaaten⁴ ist eine Verlangsamung der Lohndynamik zu bemerken. Im Vereinigten Königreich sieht es ähnlich aus, die von den Arbeitgebern angekündigten Lohnstopps fielen letztlich weniger stark aus. Der Lohnanstieg (ohne Boni) hat sich stark verlangsamt (4 % im Frühjahr 2008, 2 % im Juli 2009), bleibt jedoch im positiven Bereich. Gleiches gilt für Deutschland, Italien, Belgien und die Niederlande, wo jedoch im Tausch gegen arbeitsplatzhaltende Maßnahmen Zugeständnisse bei Löhnen und Gehältern gemacht wurden.

Das Zusammentreffen der Krise mit der Mitte 2008 einsetzenden Verlangsamung der Inflation hat die auf branchenübergreifender Ebene auf einem automatischen Indexierungsmechanismus beruhenden Tarifverhandlungssysteme unter Druck gebracht. Dies ist z. B. in Spanien der Fall. Die Sozialpartner konnten sich im März 2009 erstmals in der Geschichte nicht auf eine Verlängerung der branchenübergreifenden Vereinbarung zu den Tarifverhandlungen einigen, da die Arbeitgeber nicht bereit waren, sich mit dem von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Inflationsziel von 2 %

³ In Irland mussten die Beamten einen Abzug in der Höhe von 7,5 % zur Rentenfinanzierung hinnehmen. Die Maßnahmen in Lettland sehen für 2009 eine Kürzung der Bezüge um 20 % bzw. 50 % für die Lehrer vor. In Litauen beläuft sich die vorgesehene Senkung auf 10 %.

⁴ Für nähere Informationen zur Situation in den verschiedenen Ländern siehe „The Coordination of Collective Bargaining in Europe (Annual Report)“, Anhang zur Agenda des EGB-Exekutivausschusses, Brüssel, 1.-2. Dezember 2009.

abzufinden, und auf einer Teuerung von 1 % beharrten. Die Verhandlungen wurden im Juli 2009 erneut abgebrochen, sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeber lehnten die Vorschläge der Regierung ab, die insbesondere eine Senkung der Sozialversicherungsbeitragssätze und eine Lockerung der Rechtsvorschriften für unbefristete Arbeitsverträge⁵ vorsahen. Dies ist, in geringerem Maße, auch in Belgien der Fall. Die Erhöhungen wurden, relativ ungewöhnlich für das Land, in absoluten Zahlen mit einer Obergrenze von 250 Euro festgelegt. In diesen beiden Ländern wie auch in Italien, wo die Regelungen zur Indexierung durch die Rahmenvereinbarung vom Januar 2009 (Stärkung der dezentralen Ebene, Lockerungen bezüglich des auf Unternehmensebene vereinbarten Teils) gründlich revidiert wurden, kann sich die anhaltende Verlangsamung der Inflation negativ auf das künftige Lohnwachstum auswirken.

⁵ Die Gewerkschaften haben am 21. September 2009 vorgeschlagen, 2010 in Einklang mit den Inflationsprognosen der Regierung Lohnerhöhungen um die 1 % (oder darunter) zuzustimmen. Die Vereinbarung hätte eine Laufzeit von drei Jahren (bis 2012), wobei von der Regierung jährliche Lohnerhöhungen nahe der Inflationsrate vorgesehen wären. Nach Ablauf der drei Jahre würde, abhängig von der Entwicklung der Verbraucherpreise, eine Revisionsklausel zur Anwendung kommen. Die Vorschläge sehen ebenfalls entsprechend der Produktivität und Gewinne der einzelnen Unternehmen höhere Zuwächse vor. Der Vorschlag der Gewerkschaften ist nur umsetzbar, wenn die Blockade der Tarifverträge beendet wird. Die Unternehmen würden sich im Gegenzug zu einer Aufrechterhaltung der Beschäftigung und Eindämmung der unsicheren Arbeitsverhältnisse verpflichten.

Tariflich vereinbarte Lohn-/Gehaltserhöhungen

Tariflich vereinbarte Löhne/Gehälter	2009	2008	2007	PM: Lohnkosten pro Stunde 2009
Belgien	Pauschalbetrag von 125 Euro	4,2 %	3,5 %	2,3 %
Estland	Lohnkürzungen			-5,7 %
Frankreich	k. A. (2,2 %)	3,4 %	2,9 %	0,8 %
Deutschland	3 % (2,4 %)	2,9 %	2,2 %	2,4 %
Ungarn	3,9 %	5 bis 7 %	8 %	1,3 %
Litauen	3 %	6 %	4,1 %	-0,9 %
Niederlande	3 %	3,25 %	1,8 %	4,25 %
Norwegen	4 %	6 %	5,4 %	
Polen				5 %
Portugal	2,9 %	3 %	3,4 %	
Spanien	2,7 %	3,6 %	4,2 %	3,1 %
Schweden	3 %	3 %	2,6 %	3,5 %
VK	3,1 %	3,3 %	3,5 %	(1,5 % Durchschnittsverdienst)
Tschechische Republik	Lohnstopps in zahlreichen Unternehmen			2 %
Italien	4,1 % (2,6 %)	3,5 %	2,1 %	
Schweiz	2,6 %	2,2 %	2 %	

Die Zahlen in Klammern gelten in den Consensus-Prognosen als vergleichbare Werte.

Quelle: EGB-Erhebung zu den Tarifverhandlungen, Consensus-Prognosen Oktober 2009

TARIFVERHANDLUNGEN VOR DEM HINTERGRUND VON BESCHÄFTIGUNGSANPASSUNGEN

Die Wirtschaftskrise hat sich bereits verheerend auf die Beschäftigung ausgewirkt, auch wenn dies in Europa weniger stark ausgeprägt war als in den Vereinigten Staaten. In Europa reagierte die Beschäftigung nicht so stark auf den Produktionsrückgang wie bei der Rezession im Jahre 1993. Dies war auch von Land zu Land verschieden⁶.

In den baltischen Ländern, Irland und Spanien war ein starker Beschäftigungsrückgang zu

⁶ Europäische Kommission 2009, „Beschäftigung in Europa 2009“; Michel Husson, „Le choc de la crise, le poids du chômage“, Chronique internationale de l'ires Nr.°121, November 2009, S. 15-37.

verzeichnen (laut den Herbstprognosen der Kommission im Jahr 2009 durchschnittlich - 11,9 % in Lettland und - 6,6 % in Spanien). Das Ausmaß der Anpassungen in diesen Ländern⁷ erklärt sich zum Teil aus den sektoriellen Beschäftigungsstrukturen (insbesondere der Bedeutung der Bauwirtschaft), dem Grad der Flexibilität des Arbeitsmarktes und/oder dem Anteil der befristeten Arbeitsplätze. In Spanien, wo die Beschäftigung in der Bauwirtschaft um mehr als 30 % zurückgegangen ist, waren die Arbeitsplatzverluste zum großen Teil auf eine Nichtverlängerung der weit verbreiteten befristeten Verträge zurückzuführen, die 35 % der Arbeitnehmer betreffen.

⁷ Europäische Kommission 2009, „Beschäftigung in Europa 2009“.

In anderen Ländern hingegen (insbesondere Deutschland, Österreich und Niederlande) fiel die Reaktion der Beschäftigung auf den Rückgang der Wirtschaftstätigkeit schwächer aus. Dies ist auf die massive Nutzung von Instrumenten der Arbeitszeitflexibilität (Gleitzeit und Kurzarbeit) wie auch die in den letzten Jahren von den Unternehmen erlebten Rekrutierungsschwierigkeiten zurückzuführen.

Trotz der von Land zu Land unterschiedlichen Reaktion der Beschäftigung können zwei allgemeingültige Faktoren ausgemacht werden, die eine kurzfristige Begrenzung der Beschäftigungsanpassungen ermöglichten:

- Im Großteil der Länder wurde die Arbeitszeit verkürzt (Verringerung der Überstunden, Kurzarbeit, Arbeitszeitkonten).
- Alle Staaten haben das volle Repertoire der internen und externen Flexibilitätsmaßnahmen ausgeschöpft, um die Auswirkungen des Produktionsrückgangs auf die Beschäftigung abzufedern. Die Unterschiede bezüglich der Anpassung erklären sich aus der Vielfalt dieser Maßnahmen und ihren Kombinationsmöglichkeiten.

Die folgenden anhand der Situation in Frankreich gemachten Beobachtungen gelten, wie es scheint, für alle Mitgliedstaaten: Je mehr interne Flexibilitätsmöglichkeiten im weiteren Sinne es gibt - d. h. einschließlich der Empfänger staatlicher Unterstützung - desto mehr interne Arbeitnehmer bleiben von Stellenstreichungen verschont. Mit der vermehrten Kombination interner und externer Flexibilitätsmaßnahmen steigt jedoch die Gefahr einer Schwächung der Position der Arbeitnehmer, diejenigen mit festen Verträgen müssen Entgelteinbußen hinnehmen und die in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen sind gleich zweifache Verlierer, einerseits ihre Beschäftigung andererseits ihr Einkommen.⁸

⁸ Centre Études & Prospective, Groupe Alpha, „Crise et pauvreté: une analyse sectorielle qualitative“, Bericht für

Auch die Konjunkturpakete⁹ haben sich auf den Arbeitsplatzverlust ausgewirkt: In den drei Ländern (Italien, Niederlande und Frankreich), wo sie höchstens 0,7 % des BIP im Jahr 2009 ausmachten, fiel der Anteil der erhaltenen Arbeitsplätze niedriger aus als in denen (Dänemark, Deutschland, Vereinigtes Königreich, Schweden), wo sie zwischen 1,2 und 1,4 % des BIP betragen.

AUSSICHTEN FÜR DIE TARIFVERHANDLUNGEN IN EUROPA?

Die Unterschiede bezüglich der Beschäftigungsanpassung werden sicherlich auch die Aussichten der Tarifverhandlungen in den einzelnen Mitgliedstaaten beeinflussen, umso mehr als die Wiederbelebung des Wachstums von Land zu Land sehr verschieden ausfällt. Unabhängig vom geplanten Szenario dürften sich die kommenden Lohnverhandlungen als äußerst schwierig gestalten, da in allen Ländern mit Lohndruck zu rechnen ist:

- In den Ländern, wo die Beschäftigungsanpassung weniger ausgeprägt war, hat die Rezession zu einem Rückgang der Pro-Kopf-Produktivität geführt. Die im Jahr 2009 erfolgten Lohnerhöhungen haben einen Anstieg der Lohnstückkosten bewirkt, was die Gewinnspanne der Unternehmen drückt. Sie werden versuchen, dies durch Stellenabbau und Druck auf die Nominallöhne wieder auszugleichen. Anders ausgedrückt, die Verhandlungen drohen, wieder auf einen Konflikt zwischen Lohnforderungen und Arbeitsplatzverlust hinauszurollen. Ein solches Szenario kann nur im Falle einer rascheren

die Nationale Beobachtungsstelle zu Armut und sozialer Ausgrenzung (ONPES), Oktober 2009.

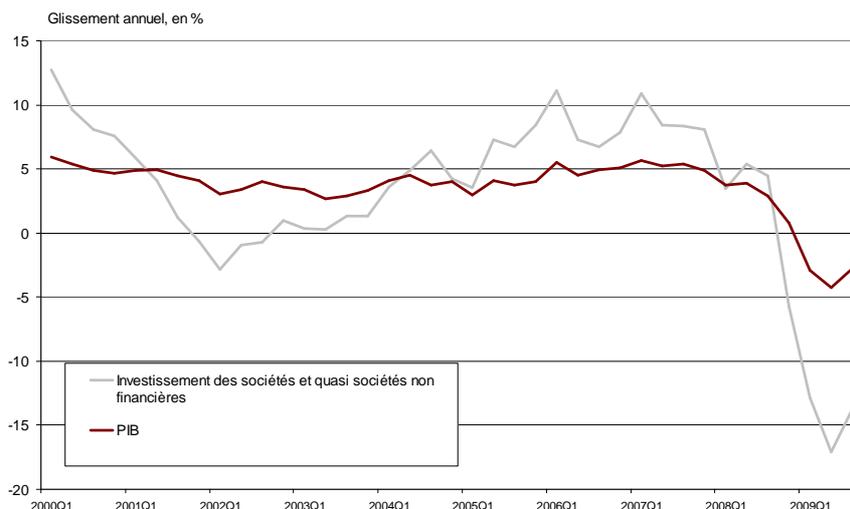
⁹ Michel Husson hat die Auswirkungen der Konjunkturpakete auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen in den Ländern untersucht, für die Daten von Andrew Watt verfügbar waren. Siehe Michel Husson, „Le choc de la crise, le poids du chômage“, *art. cit.* und Andrew Watt, „A Quantum of Solace ? An Assessment of Fiscal Stimulus Packages by EU Member States“, Working Paper 2009.05, ETUI, Mai 2009.

und stärkeren wirtschaftlichen Erholung vermieden werden, was jedoch keineswegs sicher ist. Die Wiederherstellung der Gewinnspanne wird zumindest vorerst durch einen Einstellungsstopp in die Wege geleitet. Die Unternehmen werden die Auslastung der bis jetzt durch interne Flexibilitätsmöglichkeiten gehaltenen Arbeitskräfte erhöhen müssen. Es besteht jedoch auch die Gefahr, dass die Erholung einen Anstieg der unsicheren Beschäftigungsverhältnisse zur Folge hat, was wiederum einen Abwärtsdruck auf die Tarifverträge auslöst. Eine solche Entwicklung scheint sich, beispielsweise in Frankreich abzuzeichnen.

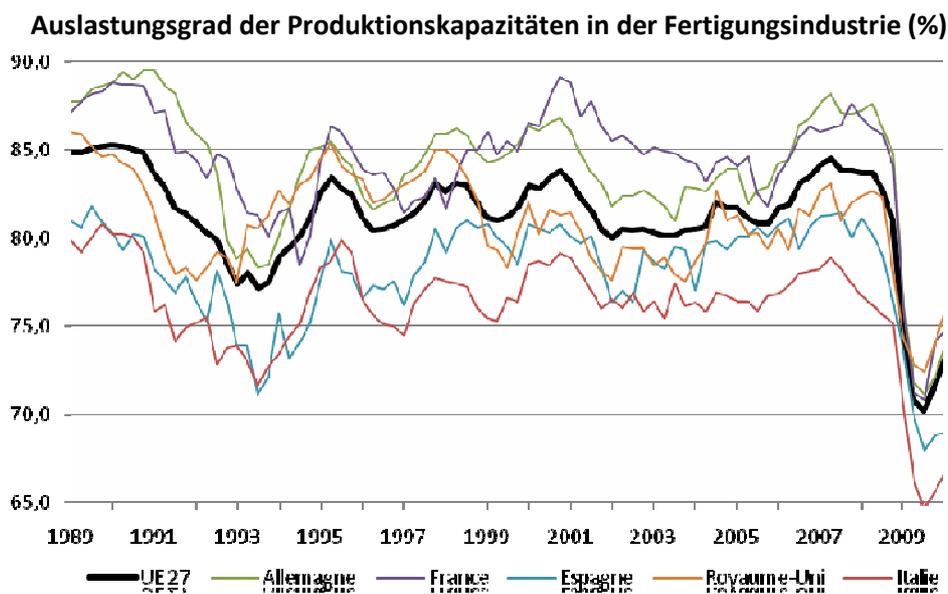
– In den Staaten, in denen die Beschäftigungsanpassung jedoch stark ausgeprägt war, wird der daraus resultierende Anstieg der Arbeitslosigkeit die Tarifverhandlungen entsprechend belasten.

Die vorgezogene Nachfrage stellt für die Unternehmen keinen Investitionsanreiz (Schaubild) dar, zumal sie über ein hohes Maß an überschüssigen Produktionskapazitäten verfügen. Die Unternehmensziele wie Wiederherstellung der Rentabilität, Erhaltung der Liquiditätsreserven und Fremdkapitalabbau werden ebenfalls die Investitionsausgaben beeinflussen.

Produktive Investitionen und BIP im Euro-Raum



Quelle: EZB.



Die kommenden Tarifverhandlungen sind von einem Klima der Verlangsamung der Kerninflation geprägt. Obgleich die Gefahr einer Deflation in Europa als Ganzes und für die meisten seiner Mitgliedstaaten nicht zu bestehen scheint, ist die Lage in drei Staaten eher unsicher. In Irland lag die Kerninflationsrate¹⁰ während des gesamten Jahres 2009 im negativen Bereich. Sie ist im dritten Quartal 2009 auf fast -3 % gefallen und eine Erholung ist nicht in Sicht. In Spanien ist sie im zweiten Halbjahr 2009 gefallen und hat sich am Jahresende um den Nullwert eingependelt. Das Vereinigte Königreich hat wie Irland, jedoch in geringerem Ausmaß, im Laufe des Jahres 2009 einen kontinuierlichen Rückgang der Kerninflation verzeichnet, der jedoch, wie es scheint, zu Jahresende gestoppt werden konnte. Die Entwicklung der Kerninflation in diesen Ländern wird die Tarifverhandlungen merklich erschweren.

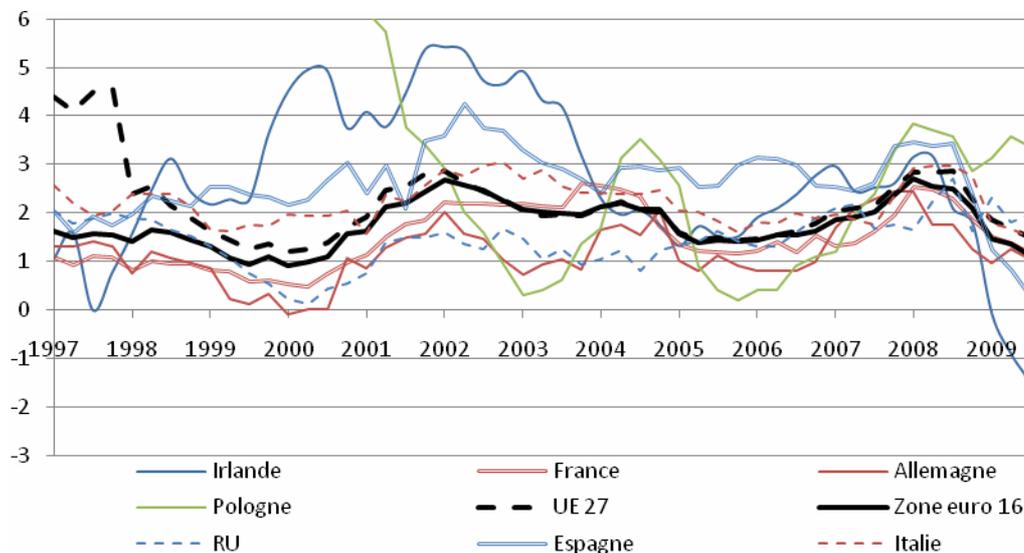
Der EGB befürchtet ein Szenario, in dem die zur Wiederherstellung der Gewinnspanne von den Unternehmen angestrebten Lohnstückkosten (LSK) einen Deflationsprozess in Europa in Gang setzt, wie schon einmal Ende der 1990er Jahre: Die LSK

fielen über einige Jahre um 1,5 %, was einen Deflationsdruck ausgelöst hat, der die Inflationsrate von 2,5 % im Jahr 1996 auf 1 % im Jahr 1999¹¹ sinken ließ. Wenn sich ein solcher Prozess in der aktuellen Lage mit einer sehr niedrigen Kerninflation (1 % im Euro-Raum) wiederholen würde, könnte der krisenbedingte Deflationsdruck die Wirtschaft von der Inflation in eine Deflation stürzen.

¹⁰ Eurostat-Datenbank

¹¹ „The Coordination of Collective Bargaining in Europe (Annual Report)“, Anhang zur Agenda des EGB-Exekutivausschusses, Brüssel, 1.-2. Dezember 2009.

Kerninflation (in % im Vorjahresvergleich)



Quelle: Eurostat.

Der zu erwartende Lohndruck und fehlender Investitionsbedarf lassen auf eine weiterhin schwache Nachfrage der privaten Haushalte schließen. In dieser Situation ist das Auslaufen der Konjunkturprogramme als problematisch einzustufen, da dies einen Rückgang der öffentlichen Nachfrage und der staatlichen Transferleistungen an die privaten Haushalte zur Folge hat.

Es gibt also zwei Möglichkeiten: Entweder diese konjunkturbelebende Haushaltspolitik fortsetzen, die sich in hohen öffentlichen Defiziten und einem Anwachsen der Staatsverschuldung niederschlägt, oder sie beenden, um schrittweise zu einer restriktiveren Haushaltspolitik zurückzukehren. Die Entscheidung wurde von den europäischen Behörden getroffen und die Regierungen haben sich verpflichtet, ihre öffentlichen Defizite rasch abzubauen und bis 2013 das Ziel von 3 % des BIP zu erreichen.

Die Geldpolitik ist zurzeit zwar noch expansionistisch, aber die Entwicklung in den nächsten Monaten ist alles andere als sicher. Die Auswirkungen dieser Politik sind zweischneidig: Die niedrigen Zinsen reduzieren die Kosten der Anleihen und den

Schuldendienst, die die Staatshaushalte belasten. Sie erleichtern aber auch die Finanzierung der öffentlichen Defizite durch die Banken, die sich damit der Gefahr eines Zinsanstiegs aussetzen.

Das niedrige Zinsniveau soll eigentlich auch die Kreditaufnahme begünstigen. Tatsächlich aber wird dies aufgrund der hohen Schuldenstände nicht in Anspruch genommen und erweist sich dadurch zur Ankurbelung der Nachfrage der privaten Haushalte als kaum wirksam. Das Liquiditätsüberangebot aufgrund extrem niedriger Zinsen begünstigt außerdem die Übernahme spekulativer Positionen.

Die Richtigkeit dieses Policy-Mix steht daher zur Diskussion. Wenn die Nachfrage der privaten Haushalte weiter schwach bleibt, scheint es riskant, die öffentliche Nachfrage und die staatlichen Transferleistungen, die 2009 erfolgreich die Nachfrage gestützt haben, rasch zurückzufahren und eine Geldpolitik zu betreiben, die potenzielle Finanzrisiken birgt und aufgrund unzureichender Nachfrage nicht im Stande ist, die Kreditwirtschaft anzukurbeln.

Nach Auffassung des EGB ist die Wirtschaft auf diese Weise noch anfälliger für einen Nachfragerückgang aufgrund einer eventuellen Verlangsamung der Lohndynamik¹². Darauf gründet sich auch die EGB-Strategie für die Tarifverhandlungen des Jahres 2010.

EGB-STRATEGIE FÜR DIE TARIFVERHANDLUNGEN DES JAHRES 2010

Die Tarifverhandlungen werden wie schon im Jahr 2009 von der Wirtschaftskrise geprägt sein. Die Ursachen dieser Krise dürfen daher nicht außer Acht gelassen werden. Sie ist das Ergebnis einer Lohninflation. Seit mehr als 10 Jahren ist der Pro-Kopf-Lohn in Europa weniger schnell gestiegen als die Produktivität, was sich in höheren Gewinnspannen der Unternehmen niedergeschlagen hat. Der EGB weist daher nochmals darauf hin, dass es nicht angeht, dass die Arbeitnehmer über Lohnkürzungen für die Krise bezahlen müssen.

Im Gegensatz zu 2009 wird der Produktivitätsrückgang aufgrund der schwachen Reaktion der Beschäftigung auf die rückläufige Produktion die Unternehmen trotz der leichten konjunkturellen Erholung dazu bewegen, ein Junktim von Lohn und Beschäftigung vorzuschlagen, um so ihre Gewinnmarge wiederherzustellen. Der EGB lehnt diese automatischen Anpassungen ab, da der Produktivitätsrückgang die Folge einer Krise ist, die durch unzureichende Nachfrage ausgelöst wurde. Eine Minderung der Löhne und Gehälter würde diese Situation nur verschlimmern. Der Produktivitätsrückgang ist ein zyklisches und kein strukturelles Phänomen, das von den Arbeitgebern, die ihre qualifizierten Arbeitnehmer halten wollten, in Kauf genommen wurde.

Der EGB fordert die Gewerkschaften daher ausdrücklich auf, eine offensive Strategie zu

verfolgen. Dabei gilt es eine „goldene Regel“ einzuhalten, die zwei Dimensionen umfasst:

- Eine sowohl im Bereich der Nominal- als auch Reallöhne positive Dynamik unterstützen, um zu verhindern, dass die Wirtschaft in eine Deflation und/oder dauerhafte Rezession rutscht.
- Sicherstellen, dass die Entwicklung der Lohnkosten mit den mittelfristigen Produktivitäts- und Inflationstrends in Einklang steht.

Diese vom EGB in seiner letzten EntschlieÙung über die Koordinierung der Tarifverhandlungen bekräftigte Regel steht jedes Jahr wieder zur Diskussion. Sie wird jetzt schon seit mehreren Jahren vom EGB vertreten. Sie gilt auch noch für 2010, weil die Löhne und Gehälter keine Marktpreise sind und die Unternehmen aufgrund des in den letzten zehn Jahren angelaufenen systematischen Rückstands der Löhne gegenüber Inflation und Produktivität über ausreichende Margen verfügen, um den Produktivitätsrückgang durchzustehen. Die Situation ist jedoch von Land zu Land unterschiedlich.

Die Koordinierung der Verhandlungen ist daher von entscheidender Bedeutung. Die Gewerkschaften sind sich dessen bewusst und versuchen, sie zu intensivieren. Der EGB hat in seiner letzten EntschlieÙung folglich eine Reihe von Initiativen wie die Verbesserung des Informationsaustausches zwischen den Akteuren der Tarifverhandlungen, die Stärkung der Verhandlungspositionen und die eventuelle Einrichtung einer Monitoring-Gruppe im Rahmen des Ausschusses für die Koordinierung der Tarifverhandlungen angekündigt.

Die Formulierung dieser „goldenen Regel“ war vor der Krise angesichts des zunehmenden Auseinanderklaffens zwischen Pro-Kopf-Lohn und Pro-Kopf-Produktivität durchaus legitim und gerechtfertigt. Sie ist es auch heute noch, wenn sich mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme ein Rückgang der

¹² „The Coordination of Collective Bargaining in Europe (Annual Report)“, Anhang zur Agenda des EGB-Exekutivausschusses, Brüssel, 1.-2. Dezember 2009.

öffentlichen Nachfrage abzeichnet. Sie hat 2009 trotz einsetzender Rezession eine Erhöhung der Tariflöhne ermöglicht, als Ziel wurde damals ein Ausgleich des Kaufkraftverlusts aufgrund der hohen Inflation im Jahr 2008 ausgerufen. Ein weiterer Rückgang der Nachfrage der privaten Haushalte konnte somit verhindert werden.

Für den Fall, dass Kompromisse zwischen Lohnforderungen und Beschäftigung unvermeidbar sind, müssen der EGB und die Gewerkschaften dem Erhalt von Arbeitsplätzen Priorität einräumen, der im

Rahmen von Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen oder staatlicher Unterstützung für den Lohnausgleich umgesetzt werden kann. Die einzelnen Parteien sollten in der Krise vor allem auf Tarifverhandlungen setzen. Der EGB verlangt in diesem Rahmen eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer, um den Prozess der industriellen Umstrukturierung und Umstellung zu antizipieren und erfolgreich zu meistern.



Mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission